

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Problemendarstellung.....	1
B. Gang der Untersuchung.....	2
1. Kapitel: Das Verfahren zur Haushaltsüberwachung nach	
Art. 104 EGV	5
A. Die Einordnung des Verfahrens in das Recht der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).....	5
I. Die Entwicklungsstadien zur WWU.....	5
1. Der Barre-Bericht.....	6
2. Der Werner-Bericht: Ökonomen versus Monetaristen.....	6
3. Einführung des Europäischen Währungssystems.....	8
4. Aufnahme der WWU in den Vertragstext	9
5. Das Konzept der WWU im Delors-Bericht.....	10
a) Erste Stufe.....	10
b) Zweite Stufe.....	10
c) Dritte Stufe.....	11
6. Der Vertrag von Maastricht: Die drei Stufen zur Wirtschafts- und Währungsunion.....	11
a) Erste Stufe.....	11
b) Zweite Stufe.....	12
c) Dritte Stufe: Die Entscheidung über die Teilnahme an der WWU.....	13
II. Der rechtliche Rahmen der WWU seit Maastricht.....	15
1. Ausgestaltung der Währungspolitik.....	16
2. Die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik.....	17
a) Die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.....	17
b) Haushalts- und Finanzpolitik.....	18
B. Die rechtliche Ausgestaltung des Verfahrens	20
I. Ergänzende Regelungen des Verfahrens außerhalb von Artikel 104 EGV.....	21
1. Das Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit...21	
2. Die Verordnung Nr. 3605/93.....	21
3. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt.....	21
a) Entstehungsgeschichte.....	21
b) Die Entschließung des Europäischen Rates.....	23
c) Die Verordnung (EG) 1466/97.....	24
(1) Regelungsgegenstand.....	24
(2) Änderungen durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts.....	24
d) Die Verordnung (EG) 1467/97.....	25

(1) Regelungsgegenstand.....	25
(2) Änderungen durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts.....	26
II. Die Pflicht zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite nach Art. 104 Abs. 1 EGV.....	26
1. Anwendungsbereich.....	26
2. Das „übermäßige öffentliche Defizit“.....	27
a) Der Defizitbegriff in Art. 104 Abs. 1 EGV.....	27
b) Der Rechtsbegriff „übermäßig“.....	28
C. Überblick über die Stadien des Verfahrens.....	30
I. Die Defizitüberwachung durch die Kommission (Art. 104 Abs. 2-5 EGV).....	30
1. Die Prüfung der Haushaltsdisziplin nach Art. 104 Abs. 2 EGV.....	30
a) Das Referenzkriterium „öffentliches Defizit“.....	31
b) Das Referenzkriterium „öffentlicher Schuldenstand“.....	32
c) Ausnahmen beim Defizitkriterium.....	32
d) Ausnahmen beim Schuldenstandskriterium.....	33
2. Bericht der Kommission (Art. 104 Abs. 3 EGV).....	33
3. Die Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses (Art. 104 Abs. 4 EGV).....	35
4. Stellungnahme und Empfehlung der Kommission (Art. 104 Abs. 5 und 6 EGV).....	36
II. Das Verfahren im Rat (Art. 104 Abs. 6-8 EGV).....	37
1. Die Feststellung des übermäßigen Defizits (104 Abs. 6 EGV).....	37
a) Die Bedeutung der Ratsentscheidung.....	37
b) Elemente der Entscheidungsfindung.....	37
(1) „auf Empfehlung der Kommission“.....	37
(2) Der Defizitbegriff in Abs. 6.....	38
(3) Die Bemerkungen des betroffenen Mitgliedstaates.....	39
(4) Prüfung der Gesamtlage.....	40
c) Beschlussfassung.....	40
(1) Geltendes Recht.....	40
(2) Die Regelung nach dem Vertrag über eine Verfassung Europas.....	41
2. Empfehlungen des Rates nach Abs. 7.....	41
3. Die Veröffentlichung der Empfehlungen nach Art. 104 Abs. 8 EGV.....	43
III. Abmahnung und Sanktionen (Art. 104 Abs. 9 und 11 EGV).....	44
1. Die Inverzugsetzung nach Art. 104 Abs. 9 EGV.....	44
2. Die Verhängung von Sanktionen.....	45
IV. Aufhebung der Ratsentscheidungen.....	47

2. Kapitel: Die rechtliche Qualifizierung der Entscheidungsfreiheit nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	49
A. Terminologische Präzisierung.....	49
I. Ansätze in der Literatur bezüglich der Entscheidung nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	50
1. Entscheidung zwischen Politik und Recht.....	50
2. „Ermessen“ und „Beurteilungsspielraum“ des Rates.....	52
a) Die Unterscheidung zwischen Beurteilungsspielraum und Ermessen in der deutschen Verwaltungsrechtslehre.....	52
b) Aussagekraft der Unterscheidung in Beurteilungsspielraum und Ermessen für die Ratsentscheidung nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	53
II. Allgemeine gemeinschaftsrechtliche Dogmatik zur Entscheidungsfreiheit der Verwaltung.....	54
III. Zwischenergebnis zu A).....	55
B. Funktion und Wirkung von Entscheidungsfreiheit.....	56
I. Überlegungen aus dem Staatsrecht.....	56
1. Verhältnis der Verwaltung zur Legislative.....	56
2. Das Verhältnis der Verwaltung zur Gerichtsbarkeit- Freiheit gegenüber den Gerichten.....	57
a) Der normtheoretische Ansatz.....	57
b) Funktionellrechtlicher Ansatz.....	58
II. Die Funktionen des Ermessens im Gemeinschaftsrecht.....	59
III. Bedeutung für das Verhältnis zwischen Ermessensgrenzen des Gemeinschaftsorgans und gerichtlicher Nachprüfbarkeit - weiterer Gang der Prüfung.....	62
3. Kapitel: Gemeinschaftsrechtliche Zielbestimmungen als Grenzen der Entscheidungsfreiheit.....	63
A. System und Funktion der Zielbestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.....	63
B. Zielnormen in der Wirtschaftspolitik.....	65
I. Zur Funktion von wirtschaftspolitischen Zielnormen.....	65
II. Präambelerwägungen des EGV.....	66
III. Art. 2 EGV	66
1. Eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens.....	66
2. Ein hohes Beschäftigungsniveau.....	67
3. Ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum.....	67
4. Ein hoher Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen.....	68
IV. Art. 4 EGV.....	68
1. Die Wirtschaftspolitik nach Abs. 1.....	69
2. Die Währungspolitik nach Art. 4 Abs. 2.....	70

3. Die richtungsweisenden Grundsätze (Art. 4 Abs. 3 EGV).....	71
a) Die rechtliche Bedeutung.....	71
b) Preisstabilität.....	72
(1) Der Einfluss wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Preisstabilität in tatsächlicher Hinsicht.....	73
(2) Die rechtliche Ausgestaltung des Zusammenhang zwischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und der Preisstabilität.....	75
(3) Folgen der rechtlichen Bindung des Rates an die Preisstabilität bei der Feststellung des übermäßigen Defizits nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	75
(4) Gesamtergebnis zur Bedeutung der Preisstabilität für den Rat.....	77
c) Gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen	77
d) Dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.....	78
4. Zwischenergebnis zur Bedeutung der richtungsweisenden Grundsätze	79
V. Art. 98 EGV.....	79
1. Verpflichtung auf die Vertragsziele des Art. 2 EGV.....	79
2. Verpflichtung auf die Grundsätze des Art. 4 EGV.....	80
VI. Zwischenergebnis zur Bedeutung der wirtschaftspolitischen Zielbestimmungen für den Rat	80
C. Hierarchie der wirtschaftspolitischen Zielbestimmungen.....	81
VII. Absolutes Rangverhältnis.....	82
1. Basedowscher Ansatz.....	83
a) Verhältnis der Ziele des Art. 3 und Art. 4 EGV.....	83
b) Die Präzision der Zielbestimmung.....	84
c) Die Rolle der vertraglichen Ausgestaltung zur Zielverwirklichung	84
2. Kritik.....	85
3. Zwischenergebnis	86
VIII. Relatives Rangverhältnis	87
1. Bedeutung und Kriterien.....	87
2. Anwendung auf die Ratsentscheidung nach Art. 104 Abs. 6 EGV....	88
a) Gesunde öffentlichen Finanzen versus hohes Beschäftigungsniveau.....	88
b) Gesunde öffentliche Finanzen versus Grundzüge der Wirtschaftspolitik nach Art. 99 Abs. 2 EGV.....	90
IX. Zwischenergebnis zu C.....	90
X. Abschließende Bewertung zur Rolle der Preisstabilität als Entscheidungsgrenze.....	91
1. Übersicht.....	91

2. Bewertung.....	92
D. Ergebnis zu Kapitel 3.....	93
4. Kapitel: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grenze der Entscheidungsfreiheit.....	95
A. Die VO 1467/97.....	95
I. Rechtsnatur.....	95
II. Analyse der Vorgaben der VO 1467/97 (Fassung von 1997) für die Ratsentscheidung nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	96
1. Überblick.....	96
2. Die ausnahmsweise Überschreitung des Referenzwertes nach Art. 104 Abs. 2 lit. a, 2. Spiegelstr. EGV.....	97
3. Die Prüfung der Gesamtlage und die Berücksichtigung der Bemerkungen des Mitgliedstaates.....	98
III. Möglichkeit und Grenzen einer weiteren Ermessensreduzierung durch eine Verordnung.....	99
1. Änderungen auf der Grundlage von Art. 104 Abs. 14 Uabs. 2 EGV.....	100
2. Die Grenze des Art. 104 EGV.....	100
3. Die Fassung der VO 1467/97 nach der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts.....	101
a) Das ausnahmsweise Überschreiten der Defizitquote nach Art. 104 Abs. 2 lit. a), 2. Spiegelstr. wegen eines schwerwiegenden Wirtschaftsabschwungs.....	101
b) Die Berücksichtigung „sonstiger einschlägiger Faktoren“ durch Kommission und Rat.....	102
c) Zeitliche Vorgaben für die Anwendung des Defizitverfahrens....	104
B. Die EntschlieÙung des Europäischen Rates.....	105
I. Rechtliche Bedeutung.....	105
1. Auslegungshilfe für die Ratsverordnungen	106
2. Selbstbindung der Mitgliedstaaten und des Rates.....	108
II. Analyse der Vorgaben der EntschlieÙung für die Ratsentscheidung nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	109
1. Überblick.....	109
2. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf das Ziel eines ausgeglicheneu Haushalts.....	110
3. Die Vorgaben für die Berufung auf einen Ausnahmetatbestand nach Art. 2 Abs. 3 der VO 1467/97.....	110
1. Die Vorgaben für die Berufung auf einen Ausnahmetatbestand nach Art. 2 Abs. 4 der VO 1467/97 (geänderte Fassung).....	112
III. Ausblick: Möglichkeiten und Grenzen einer weiteren Ermessenskonkretisierung durch eine EntschlieÙung.....	114
IV. Die Bedeutung der Praxis von Rat und Mitgliedstaaten.....	115

1. Überblick.....	115
2. Die Entstehung von Gewohnheitsrecht im Gemeinschaftsrecht.....	115
3. Die Verpflichtung auf einen nahezu ausgeglichenen Haushalt in der Praxis.....	118
4. Der schwerwiegende Wirtschaftsabschwung als Grundlage einer ausnahmsweisen Überschreitung der Defizitquote in der Praxis.....	119
5. Die Verpflichtung auf eine strikte und rechtzeitige Durchführung aller relevanten Bestandteile des Pakts in der Praxis des Rats.....	122
a) Fallbeispiel: Der Beschluss des Rates vom 25.11.2003 bezüglich Frankreich und Deutschland.....	122
(1) Der Ablauf der Defizitverfahren.....	122
(2) Der Inhalt des Beschlusses	123
(3) Entscheidung des EuGH.....	124
b) Verstoß des Rates gegen die Entschließung.....	124
c) Ergebnis zu 5.).....	127
6. Gesamtergebnis zu IV.).....	127
5. Kapitel: Das horizontale Kompetenzgefüge zwischen Rat und Kommission als Grenze der Entscheidungsfreiheit.....	129
A. Grundsätze und Reichweite der horizontalen Kompetenzverteilung.....	129
I. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung.....	129
II. Das Prinzip des institutionellen Gleichgewichts.....	130
1. Die Entwicklung des Prinzips durch den EuGH.....	130
2. Die Bewertung des Prinzips in der Literatur.....	132
3. Stellungnahme zur Aussagekraft des Prinzips	134
4. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Prüfung.....	136
B. Funktionen und Stellung in der Gemeinschaftsstruktur.....	137
I. Kommission.....	137
1. Die Vertretung des Gemeinschaftsinteresses.....	137
2. Kontrolle der Einhaltung des Gemeinschaftsrechts.....	138
a) Präventiv.....	138
b) Repressiv.....	138
c) Maßstäbe für die Wahl des Mittels.....	139
d) Funktion der Kontrolle gegenüber dem Rat?.....	139
3. Rolle im gemeinschaftlichen Rechtsetzungsverfahren.....	140
a) Vorschlagsrecht und Monopol.....	140
b) Das Schicksal des Vorschlagsrechts im weiteren Rechtsetzungsprozess: Änderungen durch den Rat (Verfahren der Zusammenarbeit, Mitentscheidung).....	142
(1) Herkömmliches Verfahren.....	143
(2) Verfahren der Mitentscheidung.....	143
(3) Verfahren der Zusammenarbeit.....	144
(4) Zwischenergebnis und Analyse zu b).....	145

4. Ausnahmsweise Funktionen der Kommission im Rechtsetzungsverfahren.....	145
II. Rat.....	146
1. Die ambivalente Struktur des Rats.....	146
2. Die Funktion als Rechtsetzungsgeber.....	147
3. Die Delegation der Durchführungsbefugnisse an die Kommission.....	148
4. Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten.....	149
III. Zwischenergebnis zur Funktion und Stellung von Kommission und Rat in der Gemeinschaftsstruktur.....	149
C. Analyse der Kompetenzverhältnisse in der Wirtschaftspolitik.....	150
I. Die Absicherung des Initiativmonopols der Kommission gegenüber dem Rat.....	150
1. Koordinierung der Wirtschaftspolitik nach Art. 99 EGV.....	150
2. Defizitüberwachungsverfahren.....	151
a) Geltende Rechtslage.....	152
b) Rechtslage nach Inkrafttreten des Verfassungsentwurfs.....	152
c) Fallbeispiel: Der Beschluss des Rates vom 25.11.2003 bezüglich Frankreich und Deutschland.....	153
(1) Analyse des Beschlusses: Bedeutung für das Initiativrecht der Kommission.....	153
(2) Ergebnis zu c).....	155
3. Die Abschwächung des Initiativmonopols durch das Aufforderungsrecht nach Art. 115 EGV.....	155
4. Ergebnis zu I).....	156
II. Der Rat als „Hüter des Gemeinschaftsrechts“.....	157
1. Reichweite der Überwachungsbefugnis im multilateralen Verfahren, Art. 99 Abs. 3 EGV.....	157
2. Die Überwachungsbefugnis des Rates im Defizitüberwachungsverfahren.....	158
a) Die prozedurale Funktion des Defizitüberwachungsverfahrens. .	158
b) Das Verhältnis zur Überwachungsfunktion der Kommission.....	159
3. Ergebnis zu II.....	160
III. Ergebnis zu C.....	161
D. Gesamtergebnis zur Aussagekraft des Institutionellen Gleichgewichts zwischen Rat und Kommission für die Feststellung nach Art. 104 Abs. 6 EGV.....	161
E. Thesen zu den analysierten Ermessensgrenzen des Rates aus den Kapiteln 3-5.....	162
6. Kapitel: Justitiabilität.....	165
C. Die Nichtigkeitsklage nach Art. 230 EGV.....	165
I. Zulässigkeit.....	165

II. Begründetheit.....	165
D. Die Untätigkeitsklage nach Art. 232 EGV.....	167
I. Zulässigkeit.....	167
II. Begründetheit.....	167
Anhang.....	169
Tabelle 1: Öffentlicher Finanzierungssaldo – Nettofinanzierungssaldo des Staates in Prozent des BIP.....	170
Tabelle 2: Reale Wachstumsrate des BIP.....	171
-Wachstumsrate des BIP-Volumens - Prozentuale Veränderung relativ zum Vorjahr.....	171
Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.....	172
Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der VO (EG) 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.....	183
Literaturverzeichnis.....	193